



Interpellation von Barbara Gysel

betreffend die Frage: Sind wir genügend vorbereitet auf Naturgefahren?

(Vorlage Nr. 3862.1 - 17997)

Antwort des Regierungsrats
vom 8. Juli 2025

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 22. Januar 2025 hat Barbara Gysel, Zug, die Interpellation betreffend die Frage: Sind wir genügend vorbereitet auf Naturgefahren? (Vorlage Nr. 3862.1 - 17997) eingereicht. Der Kantonsrat hat die Interpellation am 20. Februar 2025 dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen.

A. Beantwortung der Fragen

Der Regierungsrat beantwortet die Fragen wie folgt:

1. *Auf welche Gefahrengrundlage stützt sich der Kanton, um Gefährdungen zu erkennen?*

Der Kanton Zug stützt sich bei der Beurteilung von Naturgefahren auf fünf Gefahrengrundlagen:

1. Gefahrenkarten: Für jede Zuger Gemeinde wurde im Auftrag der Direktion des Innern zwischen 2019 und 2024 für die Bauzone die Naturgefahrenkarte neu erstellt. Diese zeigt die möglichen Wirkungsräume von Naturgefahrenprozessen in den Gefahrenstufen erheblich (rot), mittel (blau), gering (gelb) und Restgefährdung (gelb-weiss) auf.
2. Gefahrenhinweiskarte: Für den Kanton Zug wurde 2003 eine flächendeckende Naturgefahrenhinweiskarte im Massstab 1:10 000 erstellt. Sie ermöglicht einen groben Überblick, welche Gebiete potenziell durch Naturgefahren gefährdet sind. Die Gefahrenhinweiskarte basiert auf computergestützten Modellierungen ohne Feldverifikation, ist in einem groben Massstab gehalten und erhebt keinen Anspruch auf Detailgenauigkeit (nicht parzellenscharf). Wo keine Gefahrenkarten existieren (i. d. R. ausserhalb der Bauzone), ist die Gefahrenhinweiskarte neben der Gefährdungskarte Oberflächenabfluss die wichtigste Grundlage für die erste Beurteilung einer Gefährdung. Die Revision der Gefahrenhinweiskarte erfolgt im Jahr 2026 durch das Amt für Wald und Wild.
3. Gefährdungskarte Oberflächenabfluss: Oberflächenabfluss ist der Anteil des Regenwassers, der zum Beispiel bei besonders starken Niederschlägen auf der Geländeoberfläche abfließt. Er zeichnet sich durch meist kurze Vorwarnzeit, wenige Zentimeter Wassertiefe und oft als Abfluss entlang von Strassen aus. Die Gefährdungskarte Oberflächenabfluss zeigt schweizweit flächendeckend die potenziell durch Oberflächenabfluss gefährdeten Gebiete und die dort zu erwartenden klassierten Fliesstiefen auf. Die Gefährdungskarte Oberflächenabfluss Schweiz hat aktuell keine Rechtsverbindlichkeit. Sie ist eine fachtechnische Grundlage und hat hinweisenden Charakter. Im Baubewilligungsverfahren ist die Bewilligungsbehörde jedoch grundsätzlich angehalten, alle Hinweise auf bekannte Naturgefahren in die Beurteilung eines Baugesuchs einzubeziehen und bei Bedarf zusätzliche Abklärungen oder Nachweise zu verlangen.

4. Ereigniskataster: Die Kantone sind gemäss Bundesgesetzgebung über den Wald und den Wasserbau verpflichtet, einen Naturereigniskataster zu führen. Im Kanton Zug liegt diese Aufgabe in der Verantwortung der Direktion des Innern. Der Kataster zeigt die Ereignisse für die Gefahren Wasser, Rutschung, Sturz und Lawine. Das Aufzeichnen der Prozesse, der Ursachen und deren Auswirkungen vergangener Naturereignisse hilft bei der Ausscheidung potenzieller Gefahrenbereiche sowie der Abschätzung der Wiederkehrperiode von gefährlichen Prozessen.
5. Risikomanagement Bevölkerungsschutz: Das Amt für Zivilschutz und Militär (AZM) erarbeitet mit dem Kantonalen Führungsstab (KFS) derzeit das Risikomanagement Bevölkerungsschutz des Kantons Zug. Basierend auf der nationalen Risikoanalyse «Katastrophen und Notlagen Schweiz» und dem dazugehörigen Gefährdungskatalog des Bundesamts für Bevölkerungsschutz werden dabei in einer Gefährdungsanalyse die Risiken für ausgewählte Gefährdungsszenarien, welche im Kanton Zug anwendbar sind, untersucht. Der nationale Gefährdungskatalog umfasst 107 Gefährdungen in den drei Bereichen Natur, Technik und Gesellschaft. Im Rahmen der kantonalen Gefährdungsanalyse wird eine Auswahl an plausiblen und für den Bevölkerungsschutz des Kantons Zug relevanten Szenarien bearbeitet. Die Szenarien fokussieren auf das Schadensausmass von Grossereignissen, Katastrophen und Notlagen.

Die aufgeführten Gefahrengrundlagen können auf dem Geoportal des Kantons Zug (ZugMap) eingesehen werden

2. *Die Gefahrenkarten der Gemeinden sind jüngst überarbeitet worden. Welcher Handlungsbedarf besteht für den Kanton im Generellen und insbesondere im Bereich Hochwasserschutz? Wo erkennt der Kanton allenfalls Handlungsbedarf für die Gemeinden?*

Die aktualisierten Gefahrenkarten zeigen die Gefahrengebiete auf und dienen damit der Planung von Schutzmassnahmen. Der Kanton ist im Bereich des Hochwasserschutzes aktiv gefordert, insbesondere an öffentlichen Gewässern und an privaten Gewässern ausserhalb der Bauzonen. Dazu gehören insbesondere die Sicherstellung und Überwachung des baulichen und betrieblichen Unterhalts der Schutzbauwerke, die zeitgemässe Erneuerung der Schutzbauten, die Renaturierung von Gewässern sowie die Beratung der Gemeinden und Bevölkerung. Die Gemeinden sind unter anderem für wasserbauliche Massnahmen an privaten Gewässern innerhalb der Bauzone zuständig. Aufgaben der Nutzungsplanung, wie beispielsweise die Ausscheidung von Gewässerräumen, fallen ebenfalls in die Kompetenz der Gemeinden. Entscheidend ist, dass Kanton und Gemeinden eng zusammenarbeiten, um die Verbundaufgabe Hochwasserschutz zu gewährleisten. Beispielsweise hat der Kanton Zug, vertreten durch das AZM, massgeblich am Projektstart zu Massnahmen der Bewältigung von Hochwasserereignissen bei der Reuss in Hünenberg mitgewirkt und dabei koordinierend die Themen der Gemeindeführung und der Aufgabenteilung der Partnerorganisationen in der Vorsorge eingebracht. Ein weiteres aktuelles Projekt in der Vorsorgeplanung des Kantons untersucht gestützt auf das Bundesgesetz über die Stauanlagen (Stauanlagengesetz, StAG; SR 721.101) mögliche Folgen für den Kanton Zug im Falle eines gleichzeitigen Bruchs der beiden Staumauern des Sihlsees.

3. *Wurden in den Gefahrenkarten generell auch die zunehmenden Starkniederschläge, verursacht durch den Klimawandel, genügend beachtet («Klimazuschlag»)? Falls nein, mit wieviel mehr Niederschlag ist zu rechnen je nach Klimaszenario? Wie wird der Einfluss von Hitze-/Dürreperioden auf den Oberflächenabfluss beurteilt?*

Die Gefahrenkarten im Kanton Zug wurden gemäss den Vorgaben des Bundesamts für Umwelt BAFU ohne Klimazuschlag erstellt. Die Vorgabe eines zusätzlichen Klimazuschlags wird auf Stufe Bund aktuell diskutiert.

4. *Der kantonale Richtplan hält diverse Revitalisierungen fest. Können diese gemäss zeitlicher Priorisierung umgesetzt werden?*

Im kantonalen Richtplan (Kapitel L 8.1.3 und L 8.3.5) sind die durch Kanton und Gemeinde zu renaturierenden Fliessgewässer- und Seeuferabschnitte festgelegt. Die einzelnen Massnahmen sind in Prioritäten von 1 (Baubeginn bis 2028) bis 5 (Umsetzung nach 2040) eingeteilt. Die Umsetzung der Richtplanvorhaben ist gemäss Zeitplan vorgesehen, so befinden sich aktuell mehrere Projekte in der Vorbereitung («Nübächli, Unterägeri», «Aufwertung neuer Lorzenlauf zwischen Blickensdorf und Letzi, Zug und Baar», «Sporn Freudenberg, Risch») oder in der Umsetzungsplanung («Reuss Schachenweid–Sinserbrücke, Hünenberg», «Breiten, Oberägeri», «Altes Dorfbachdelta Seematt/Chilenmatt, Oberägeri»).

Derzeit wird die «Strategische Planung Revitalisierung Fliessgewässer» überarbeitet. Diese muss bis Ende 2025 dem Bund zur Vorprüfung eingereicht werden. Bis Ende 2026 soll diese Planung von den Kantonen aktualisiert und verabschiedet werden. Daraus kann sich aufgrund der übergeordneten Planung möglicherweise ein Anpassungsbedarf an der kantonalen Richtplanung ergeben.

5. *Verfügt der Kanton über genügend Land, um den betroffenen Landeigentümern Realersatz für den Hochwasserschutz und Revitalisierungsprojekte zu bieten? Falls nein, beabsichtigt der Kanton, aktiv Land zu beschaffen?*

Um den Grundeigentümern geeigneten Realersatz anbieten zu können, müsste der Kanton über Grundstücke verfügen, welche an die jeweiligen Bewirtschaftungsflächen anschliessen, um eine zweckmässige Bewirtschaftung zu ermöglichen. Dies schränkt die Möglichkeiten von Realersatz mit Liegenschaften stark ein. Einem aktiven Erwerb von Landwirtschaftsflächen für Realersatz sind aufgrund der Bestimmungen des bürgerlichen Bodenrechts Grenzen gesetzt, welche ein Anheizen der landwirtschaftlichen Bodenpreise verhindern sollen.

6. *Mit welchen Kostenfolgen rechnet die Regierung kurz- bis längerfristig für Projekte im Bereich Hochwasserschutz und Revitalisierung?*

Im Budget 2025 sind rund 7,8 Millionen Franken vorgesehen. Im Finanzplan 2025–2028 ist ein Betrag von rund 21,0 Millionen Franken enthalten.

7. *In vielen Projekten sind die personellen Ressourcen entscheidend. Verfügt die zuständige Abteilung Wasserbau in der Baudirektion über genügend Kapazitäten und qualifizierte Mitarbeitende, um die anstehenden Projekte zeitgerecht umzusetzen?*

Für die Abteilung Wasserbau sind 425 Stellenprozente vorgesehen und mit Fachpersonen besetzt. Bei ausserordentlichen Unwetterereignissen wie letztmals am 1. September 2024, welche zu starken Schäden an den Infrastrukturen, insbesondere im Raum Baar/Zug geführt haben, werden weitere Fachpersonen aus anderen Abteilungen des Tiefbauamts für Instandstellungsarbeiten hinzugezogen. Diese Instandstellungen müssen prioritär bearbeitet werden, was sich auf die Terminpläne der Projekte auswirken kann. In diesen Fällen wird die Auslagerung von geeigneten Arbeiten an externe Dritte geprüft.

8. *Wie sind die Zuständigkeiten bei den unterschiedlichen Gefahren (föderale Ebenen, aber auch innerhalb des Kantons)? Wie wird im Sinne eines integralen Risikomanagements zusammengearbeitet, um die Gefährdungen zu erkennen, zu reduzieren und um die Intervention im Ereignisfall zu ermöglichen (Gefahrenabwehr, Schutz)?*

Generell sorgen im Bereich des Bevölkerungsschutzes sowohl die zuständigen kantonalen Behörden (AZM und KFS) wie auch die Gemeinden für die Vorsorge zur Bewältigung von Grossereignissen, Notlagen und Katastrophen. Diese Vorsorgetätigkeiten richten sich auf das gesamte Spektrum der Naturgefahren und der bevölkerungsschutzrelevanten Gefährdungen.

Die Zuständigkeiten auf Stufe Bund sind bei den gravitativen Naturgefahren (Wasser, Rutschungen, Sturz, Lawinen) in den Bundesgesetzen über den Wasserbau (SR 721.100) und über den Wald (Waldgesetz, WaG; SR 921.0) mit den entsprechenden Verordnungen festgehalten. Danach sind grundsätzlich die Kantone zuständig für den Hochwasserschutz (Art. 2 Bundesgesetz über den Wasserbau) und den Schutz von Naturereignissen (Art. 19 WaG). Im Kanton Zug vollziehen grundsätzlich die Baudirektion die Gewässergesetzgebung und die Direktion des Innern die Waldgesetzgebung. Für die Erstellung der Gefahrengrundlagen für sämtliche Naturgefahren (Wasser, Rutschung und Sturz) ist die Direktion des Innern zuständig.

Im Kapitel L 9.1.4 des kantonalen Richtplans ist festgelegt, dass der Kanton in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und der Gebäudeversicherung eine strategische Planung für den Umgang mit Naturgefahren nach den Grundsätzen des Integralen Risikomanagements (IRM) nach Bundesvorgaben erstellt. Der Ansatz des IRM, der alle Arten von Naturgefahren betrachtet, alle Verantwortlichen und Betroffenen an der Planung und Umsetzung von Massnahmen beteiligt und das gesamte Spektrum von Massnahmen anwendet, hat sich in der Schweiz bewährt und soll nun auch vom Kanton Zug eingeführt werden.

Von der Direktion des Innern wurde deshalb die «Naturgefahrenstrategie Kanton Zug, Integrales Risikomanagement im Umgang mit gravitativen Naturgefahren» erarbeitet. Ziel der Strategie ist es, die Bevölkerung und deren Lebensgrundlagen optimal vor Naturgefahren zu schützen und Schäden an Personen und Sachwerten so gering wie möglich zu halten bzw. zu vermeiden. Die Naturgefahrenstrategie definiert die Vision, Ziele und Grundsätze des Integrierten Risikomanagements und beschreibt den Handlungsbedarf.

Die Naturgefahrenstrategie des Kantons Zug wurde durch eine Kerngruppe, bestehend aus Vertretenden des Amts für Wald und Wild, der Gebäudeversicherung Kanton Zug sowie durch eine Begleitgruppe mit Vertretenden des Tiefbauamts, des Amts für Raum und Verkehr, des Amts für Umwelt, des Amts für Zivilschutz und Militär, des Landwirtschaftsamts, der Zuger Polizei und der Gemeinden erarbeitet. Die Strategie fokussiert auf die gravitativen Naturgefahrenprozesse Sturz, Rutschungen, Hangmuren, Hochwasser, Murgänge, Oberflächenabfluss, Stürme und Hagel. Die Strategie wurde am 6. Mai 2025 durch den Regierungsrat verabschiedet und ist auf der kantonalen Internetseite¹ publiziert. Die Zusammenarbeit der Akteure des Bevölkerungsschutzes (Führungsorgane, Partnerorganisationen, Verwaltung) in der Vorsorge wird in dieser Naturgefahrenstrategie beispielhaft dargestellt.

9. *Welche Massnahmen werden unternommen oder sind geplant, um die Bevölkerung aktiv aufzuklären (namentlich Informationen zu Risiken zu Situationen resp. Verhaltensweisen in Gefahrensituationen)?*

¹ <https://zg.ch/de/natur-umwelt-tiere/naturgefahren/umgang-mit-naturgefahren#kantonalenaturgefahrenstrategie> (Inhalt ist zurzeit noch in Überarbeitung)

Der Bund führte nach den grossen Überschwemmungen im Jahr 2005 eine Verbreitungspflicht für Warnungen über die Medien ein. Damit kann sich die Bevölkerung in unmittelbaren Gefahrensituationen besser informieren. Relevante Gefahren werden behördenseitig an die Nationale Alarmzentrale (NAZ) des Bundesamts für Bevölkerungsschutz gemeldet. Diese koordiniert Warnungen und leitet sie an die Medien weiter. Dazu gehören konzessionierte Radio- und Fernsehsender, welche einer Verbreitungspflicht unterstehen. Auf dem Naturgefahrenportal des Bundes sind zudem aktuelle Gefahrensituationen und Verhaltensempfehlungen sowie all-fällige Warnungen abrufbar. Speziell zu erwähnen ist die «ALERTSWISS-APP», welche Alarme, Warnungen und Informationen zum aktuellen Standort direkt und laufend auf das Smartphone liefert.

Die Alarmierung und Kommunikation in Gefahrensituationen ist im kantonalen Gesetz betreffend den Schutz der Bevölkerung (Bevölkerungsschutzgesetz, BevSG; BGS 541.1) festgehalten. Gemäss § 24 Abs. 1 BevSG werden durch die Polizei bei Grossereignissen, Katastrophen und Notlagen folgende Leistungen sichergestellt: Notruf, Alarmierung und Aufgebote, Hotline und Informationstelefon, Bevölkerungsinformation, Sicherheitsfunknetz sowie Lageverbund für den Informationsaustausch zwischen den Führungsorganen und Partnerorganisationen, den Gemeindeführungsstäben und den Bundesstellen.

Ausserdem informiert das AZM die Bevölkerung zusammen mit den Partnerorganisationen und den Gemeinden mit Kampagnen über die persönliche Vorsorge und das Verhalten bei Grossereignissen, in Katastrophen und in Notlagen. Dies geschieht betreffend Notvorrat in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung und dem Amt für Wirtschaft und Arbeit. In Bezug auf die Notfalltreffpunkte erfolgt die Orientierung der Bevölkerung mittels Informationsmaterial der Gemeinden. Zudem kommuniziert das AZM im Rahmen des jährlich wiederkehrenden Sirenen-Probealarms über das Verhalten im Ereignisfall. Das AZM pflegt ausserdem Webseiten mit Informationen zu diesen Themen.²

B. Antrag

Kenntnisnahme.

Zug, 8. Juli 2025

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Andreas Hostettler

Der Landschreiber: Tobias Moser

60/ms

² <https://zg.ch/de/sicherheit/bewaeltigung-von-ereignissen>